

maotremen Rotgardisten meldeten, als „Instrument der bürgerlich-reaktionären Parteikomitees in den Provinzen“.

Parteifunktionäre in Fukien ließen ihre Anhänger sogar in Richtung Peking marschieren, um — so der maohörige Sender Futschou — „die Produktion zu stören und den konterrevolutionären Terror in die Hauptstadt zu tragen“.

In der südchinesischen Handelsstadt Kanton stellten sich Arbeiter einem Rotgardisten-Umzug entgegen. Es gab 40 Tote. In den Straßen tauchten Plakate auf, wie sie das rote Reich bis dahin noch nicht gesehen hatte: „Der Vorsitzende Mao ist genauso fanatisch wie Hitler. Er führt China zu einem schlimmen Ende. Alle vernünftigen Chinesen müssen ihn daran hindern, diese selbstmörderische Linie fortzusetzen.“

Maos Kronprinz, Verteidigungsminister Lin Piao, scheint seiner Streitkräfte nicht mehr sicher zu sein. Nur noch die IV. Armee, deren Kommandeur Lin selbst lange Zeit war, gilt als zuverlässig. Sie hat den Raum Peking-Schanghai besetzt, die frühere Garnison dieses Gebiets wurde nach Jünnan verlegt.

Selbst Lin Piao's Freund Tao Tschu soll die Front gewechselt haben: Er trägt die Verantwortung für den aufwässigen Parteiapparat in Südostchina, der ihm unterstand, ehe er im Gefolge der Kulturrevolution zu Maos Propagandachef aufstieg.

Angesichts des Chaos wartet ein Mann der Mitte auf seine Stunde: Ministerpräsident Tschou En-lai, der in der Stadt Peking die Zügel in der Hand hält, sich auf den staatlichen Behördenapparat stützt und Maos Kulturrevolution ständig in gemäßigte Bahnen zu lenken suchte.

Am Sonntag voriger Woche bat er gar um Nachsicht für die Mao-Feinde Liu Schao-tschu und Partei-Generalsekretär Teng Hsiao-ping: „Ihr könnt ihre bourgeoise Politik kritisieren, aber ihr könnt sie nicht auf die Straße zerren und dort bekämpfen.“

Neben Tschou standen Maos Frau und Privatsekretär Tschou Po-ta. Tschou zu den Jung-Revolutionären: „Eure Aktionen haben die Regierungsarbeit unterbrochen.“

Rotgardisten rissen die Wandzeitung „Verbrennt Tschou En-lai“ von der Mauer und klebten an ihre Stelle Plakate mit dem Aufruf: „Wir fordern den Kopf eines jeden Hundes, der gegen Tschou En-lai ist!“ Und: „Ein Angriff auf Tschou En-lai — von wem auch immer — bedeutet einen Angriff auf das Hauptquartier des Proletariats.“

## VIETNAM

### MEKONG-OFFENSIVE

#### Rote Ameisen

Im Schlamm der einzigen Straße von Rach Kien verbluteten vier Köpfe. Wilde Männer mit langen Haaren und schweren Waffen hatten sie kurz zuvor vier Vietnamesen abgeschlagen und als Trophäen mit in das kleine Dorf im Mekong-Delta gebracht.

Die vier Geköpften waren angeblich Vietcong-Terroristen, die wilden Männer „Gegen-Terroristen“ der südvietnamesischen Regierung.

Seit Jahren durchkämmen sie — einen Totenkopf auf dem Tarnanzug, die Parole „Tod den Vietcong“ auf der Brust — die Kanäle, Reisfelder und Dörfer des Mekong-Deltas nach kommunistischen Partisanen.

Aber ebenso wie die 40 000 im Delta stationierten Saigón-Soldaten, die unter ihrem General Dang Van Quang lieber lukrative Privatgeschäfte als Jagd auf die Rebellen machten, scheiterten sie bei dem Versuch, das Flußdelta von roten Guerillas zu säubern.

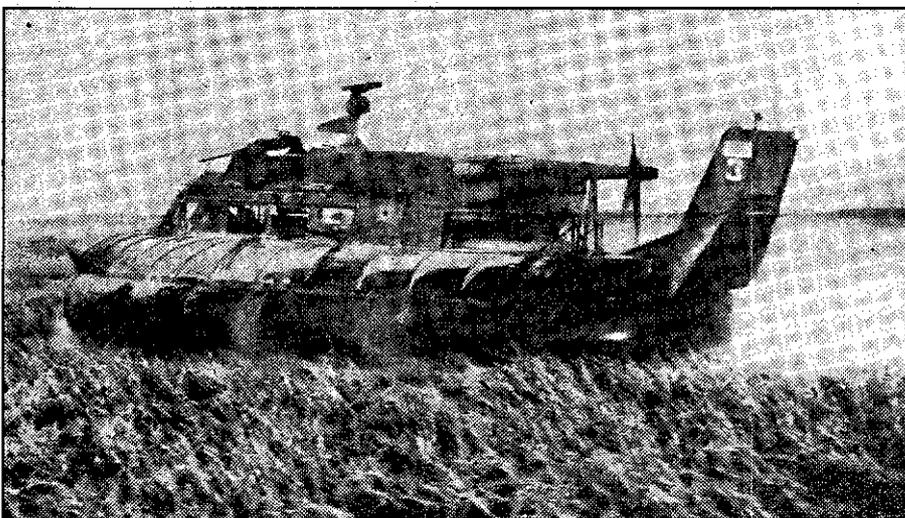
Im Gegenteil: Je mehr Köpfe sie abschlugen, je mehr Zivilisten sie erschossen, desto größer wurde die Zahl der Vietcong-Anhänger.

Die Reiskammer Indochinas, aus der 82 Prozent der vietnamesischen Ernte stammen, wurde zur wichtigsten Festung der Kommunisten in Südvietnam. Dort, vor den Toren der Hauptstadt Saigon, kontrollieren sie Landwirtschaft und Verwaltung, dort überwachen sie die wenigen Straßen, dort holen sie sich Geld und Nahrungsmittel, dort rekrutieren sie immer noch Monat für Monat unter den Reisbauern 5000

bisher bei der Entsendung von Beratern und Luftkissen-Fahrzeugen („Delta-Ungeheuer“) für Aufklärungstrupps. Vor einem direkten Angriff auf die rote Bastion scheuten sie zurück: Sie fürchteten nicht die roten Granatwerfer und die 100 000 roten Partisanen im Delta, sie schreckte — und schreckt — die Unzugänglichkeit des Geländes. Im Mekong-Delta können die Amerikaner — anders als im annamitischen Hochland — ihre technische Überlegenheit nicht ausspielen.

Die Mangrovensümpfe an der Küste, von Myriaden roter, bissiger Ameisen verseucht, sind nahezu undurchdringlich. Panzer und Fahrzeuge — so auch acht Amphibienfahrzeuge bei der „Deckhouse“-Landung — versinken im Schlamm, der Krieg muß zu Fuß ausgefochten werden. Und das bedeutet: bis zum Hals in Schlamm und fauligem Wasser. Selbst die meist nur 100 Pfund schweren Vietnamesen versinken bis zur Hüfte im Morast.

Im Landesinnern durchziehen Tausende und aber Tausende winziger Kanäle — insgesamt 4000 Kilometer lang —



US-Luftkissen-Fahrzeug im Mekong-Delta: Schlag in den Schlamm

neue Krieger, die tagsüber aufs Feld und nachts auf Terror gehen. Dort liegt das Hauptquartier ihrer Dschunken-Flotte, dort unterhalten sie Waffen- und Munitionsdepots, Werkstätten, Krankenhäuser und Ausbildungslager.

Seit acht Uhr früh am vorletzten Freitag aber läuft die Operation „Deckhouse V“: 5000 amerikanische Marineinfanteristen, von zwölf Kriegsschiffen mit Hubschraubern und Amphibienfahrzeugen am Strand der Halbinsel Thanh Phu gelandet, sollen die Vietcong-Festung knacken.

Mit „Deckhouse V“ — so US-Oberbefehlshaber General Westmoreland — „begann der amerikanische Feldzug im Mekong-Delta“. Mit „Deckhouse V“ — so das US-Magazin „Reporter“ — begann zugleich auch „der schwerste und härteste Teil des Krieges“.

Denn wenn es in Vietnam überhaupt zu einer Entscheidung kommt, dann muß sie dort fallen, wo die Kommunisten am stärksten sind und ihren Staat im Staat errichtet haben: im Herzland Südvietnams, an den Mündungsarmen des Mekong.

Das haben die Amerikaner längst erkannt — und dennoch beließen sie es

den Dschungel. In jedem Sampan, den asiatischen Kähnen, kann ein harmloser Fischer, aber auch ein gefährlicher Vietcong sitzen. In gut getarnten Verstecken, in Bäumen und Pfahlbauten, hinter Sträuchern und Büschen kauern die Scharfschützen der Guerillas.

Vor allem aber: Nirgendwo in Vietnam leben so viele Menschen so eng beieinander wie im Delta des Mekong. Die Hälfte der Bevölkerung Südvietnams — etwa sieben Millionen Menschen — wohnt dort, zum Teil hausen 1000 bis 1200 Vietnamesen auf einem Quadratkilometer. Und so müssen die Ledernacken auch auf Unterstützung aus der Luft weitgehend verzichten. Denn jede Bombe würde Hunderte von Zivilisten treffen und Tausende von Bauern in die Arme der Vietcong treiben.

Die Landbevölkerung ist den Partisanen ohnehin wohlgesonnen. Einst wurde sie von den Großgrundbesitzern in Saigon ausgebeutet. Heute, nach einer Agrarreform der Vietcong, vertraut sie darauf, daß die Guerillas der beste Schutz gegen die Rückkehr der Landlords sind. In jedem südvietnamesischen oder amerikanischen Soldaten sehen die Bauern einen Vorboten dieses Erbfeindes — und deshalb lassen sie sich von den

Vietcong bereitwillig in deren weitverzweigtes Informations- und Spitzelnetz eingliedern.

Dieser Nachrichtendienst arbeitet so hervorragend, daß auch „Deckhouse V“ zunächst zu einem Schlag in den Schlamm wurde. Überall wo die Amerikaner erschienen, trafen sie auf alte Frauen, Greise und Kleinkinder. Die Männer im wehrfähigen Alter waren geheimnisvoll verschwunden.

Obwohl die GIs ihre Landezone zum „Free Kill“-Gebiet erklärt hatten, in dem sie auf alles schießen, was sich bewegt, faßten sie in der ersten „Deckhouse“-Woche nur 15 Rebellen. Elf wurden gefangen genommen, vier erschossen. Zwei der Toten waren vermutlich Partisanen, das dritte Opfer war ein unbewaffneter junger Mann, das vierte eine Frau.

## POLEN

### KIRCHE

#### Heiliger Krieg

Mit Stentorstimme rief Stefan Kardinal Wyszynski von seinem Thronessel in Warschau Kathedrale: „Non possumus!“ („Wir können nicht!“). Wieder und wieder hallte der Kardinalsruf durch das Gotteshaus, und jedesmal stieß der Primas von Polen dabei seinen Krummstab auf den Boden.

„Non possumus“ — das ist die traditionelle Formel, mit der römische Kirchenfürsten der weltlichen Macht den Gehorsam aufkündigen. Oberhirten jenseits von Oder und Neiße gebrauchten diese Formel zweimal gegen Machthaber in Berlin — gegen Bismarck und Hitler.

Als Bismarck im preußischen Kulturkampf das berühmte Priesterseminar von Gnesen auflösen wollte, antworteten die Bischöfe: „Non possumus“ — und kamen damit durch. Bei Hitler gelang die Beschwörung nicht: Gnesens Seminar wurde Polizeischule.

Nach Deutschlands Preußen und Braunen wollten nun Polens Rote Hand an Gnesen und drei weitere Priesterseminare legen. KP-Chef Gomulka verlangte ihre Schließung, Kirchen-Primas Wyszynski aber antwortete in der Kathedrale, dies sei ein Fall, da „man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen“.

Der zum Heiligen Krieg eskalierte Seminar-Streit hatte sich vor Jahren an einem Erlaß des Warschauer Erziehungsministeriums entzündet. Das Dekret unterstellte den Unterricht an Polens 48 Priesterseminaren mit zur Zeit rund 4000 Absolventen staatlicher Kontrolle — allerdings nur in den weltlichen Fächern, wie Jura und Geschichte.

Begründung: Die Jung-Theologen würden in einer „dem Staat nicht freundlichen Atmosphäre“ erzogen (so das KP-Sprachrohr „Trybuna Ludu“).

Der Argwohn war berechtigt. Denn während der Vatikan unter Johannes XXIII. und Paul VI. vorsichtig eine Koexistenz zwischen römischer Kirche und roten Regimes anbahnte, beharrte der ultrakonservative Polen-Primas Wyszynski auf den von Pius XII. errichteten Positionen feindseliger Ablehnung.

Als einige der Staats-Inspektoren auch in rein theologischen Vorlesungen schnüffelten, beschwerte sich Wyszynski bei Gomulka und erhielt prompt



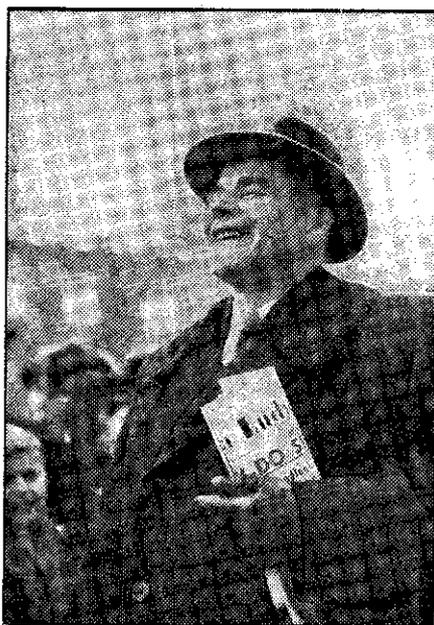
Kardinal Wyszynski  
Gehorsam verweigert

die schriftliche Zusicherung, die Kontrolle werde wieder auf die weltlichen Fächer beschränkt. Da verlangte Wyszynski plötzlich mehr: die Abschaffung sämtlicher Inspektionen.

Gomulka nahm die Herausforderung an. Er verordnete nun seinerseits, daß der Staat künftig auch bei der Auswahl der Seminar-Lehrkräfte mitreden werde.

Daraufhin verriegelten einige Seminare, darunter das von Gnesen, auf Wyszynskis Geheiß ihre Pforten vor den Inspektoren. Gomulkas Gegenzug: Er drohte, vier Priesterseminare zu schließen. Wyszynskis dramatisches „Non possumus“ brachte jetzt das Regime in eine fatale Lage.

Denn Polens Kommunisten wollen und können sich einerseits einen offenen Kirchenkampf nicht leisten; 1966 feierte Polens Kirche ihr tausendjähriges Jubiläum, und es wurde eine



KP-Chef Gomulka  
Seminare bespitzelt

triumphale Loyalitätskundgebung der Polen für ihre Kirche. Andererseits können die Kommunisten nicht ungetarnt zu Kreuze kriechen. Sie verlegten sich aufs Verhandeln. Doch obgleich sie heute von Kardinal Wyszynski nur noch fordern, daß er die Inspektoren wieder in die Seminare läßt, scheiterte eine erste Friedenskonferenz zwischen Polit-Bürokraten und Prälaten. Weihbischof Choromanski: „Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sind so schlecht wie nie zuvor.“

## KONGO

### UNION MINIÈRE

#### Goldene Eier

Der Welt drittgrößter Kupfer-Produzent, die belgische „Union Minière du Haut-Katanga“ (UMHK), hat kein Kupfer mehr.

Aufgrund „höherer Gewalt“, so teilt die Gesellschaft ihren Kunden mit, sei sie nicht in der Lage, Aufträge anzunehmen und auszuführen. Die höhere Gewalt übt ein schwarzer General aus, der es unter den belgischen Kolonialherren einst bis zum Feldwebel brachte: Joseph-Désiré Mobutu, Staatschef der „Demokratischen Republik Kongo“. Er

▷ verbot alle Exporte aus den UMHK-Gruben in der Kongo-Provinz Katanga;

▷ verstaatlichte in der Silvesternacht die Produktionsanlagen des Unternehmens mit einem Wert von fast 800 Millionen Mark.

Die Enteignung der Belgier ist der vorläufige Höhepunkt eines Kalten Krieges, den der Kongo-Chef den Konzernherren in der Brüsseler Rue de la Montagne du Parc bereits kurz nach seiner gewaltsamen Machtübernahme im November 1965 erklärt hatte.

Soldat Mobutu, früher Hilfsbuchhalter in belgischen Diensten, wollte einen Staat in seinem Staat beseitigen: 70 Prozent der Kongo-Wirtschaft sind in den Händen der Union Minière und ihrer Muttergesellschaft „Société Générale de Belgique“. Die Kongo-Regierung erhielt dafür nach der Unabhängigkeit des Landes einen Anteil von 18 Prozent der Union Minière.

Mitte vergangenen Jahres zwang Mobutu alle im Kongo tätigen ausländischen Unternehmer per Gesetz, ihren Sitz in die Kongo-Hauptstadt Kinshasa — so der kongolisierte Name für das ehemalige Léopoldville — zu verlegen und sich Mobutus Rechtsprechung zu unterwerfen.

Die Union Minière, deren Wirtschaftsinteressen sich nicht nur auf den Kongo beschränken, lehnte ab. Als Kompromiß offerierte sie dem Kongolesen die Errichtung einer neuen „Union Minière du Congo“. In dieser Gesellschaft sollten alle kongolesischen Werte der UMHK aufgehen, der Kongo sollte an der Gesellschaft einen Anteil von 50 Prozent erhalten und außerdem im Besitz seines 18prozentigen Anteils an der Brüsseler Firma bleiben.

Dem Kongo-Korporal war das nicht genug. Im Dezember tilgte er den Namen „Union Minière du Haut-Katanga“ und gründete eine eigene „Société Générale Congolaise des Mines“. 60 Prozent der Firma übernahm